

**Mit dem Globalen Pakt für eine sichere,
geordnete und reguläre Migration
die internationale Zusammenarbeit
in der Migrationspolitik stärken sowie
die Migration besser regeln und steuern**

**Antrag G des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
an den 31. Parteitag am 7./8. Dezember 2018 in Hamburg**

1 **Mit dem Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration**
2 **die internationale Zusammenarbeit in der Migrationspolitik stärken sowie die**
3 **Migration besser regeln und steuern**

4 Die CDU Deutschlands begrüßt, dass die internationale Staatengemeinschaft den
5 „Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration“ (GCM) erarbeitet hat,
6 der eine der Kernherausforderungen des 21. Jahrhunderts behandelt. Erstmals in der
7 Geschichte der Vereinten Nationen hat sich die überwältigende Mehrheit der Staaten auf
8 gemeinsame Ziele bei der Gestaltung von Migration geeinigt. Die internationale
9 Kooperation, die Verständigung auf gemeinsame Ziele und die Bereitschaft zur
10 internationalen Mitverantwortung sind hierbei von hoher Bedeutung.

11 Der GCM soll einen Beitrag dazu leisten, Migration stärker zu ordnen, zu steuern und zu
12 begrenzen sowie gleichzeitig die Rechte von Migrantinnen und Migranten zu schützen.
13 Auch Deutschland kann dies nur gemeinsam mit seinen Partnern und einem
14 internationalen Ansatz bewältigen.

15 Deutschland übernimmt bei der Migration deutlich mehr Verantwortung als andere
16 Länder, auch in der Europäischen Union. Das wollen wir ändern – unter anderem durch
17 eine fairere Verteilung. Trotz starker gesellschaftlicher Anstrengungen und des
18 beeindruckenden bürgerschaftlichen Engagements werden die Grenzen der
19 Integrationsfähigkeit in unserem Land sichtbar. Diesen Grenzen trägt auch unsere
20 Migrationspolitik auf nationalstaatlicher Ebene klar Rechnung. Die gegenwärtigen
21 Bedingungen stellen unsere Migrationspolitik vor große Herausforderungen und
22 beeinflussen unseren Gestaltungsspielraum. Der GCM liegt deshalb im deutschen
23 Interesse.

24 Das individuelle Grundrecht auf Asyl bleibt unangetastet. Deutschland bietet auch
25 weiterhin vor dem Hintergrund seiner historischen und humanitären Verantwortung
26 Menschen Schutz, die vor Krieg, Terror und Verfolgung Zuflucht suchen.

27 Die nationale Souveränität Deutschlands steht nicht zur Disposition. Im Einklang damit
28 bekräftigen die Leitprinzipien des GCM ausdrücklich „das souveräne Recht der Staaten,
29 ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen sowie ihr Vorrecht, die Migration
30 innerhalb ihres Hoheitsbereichs in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht selbst zu
31 regeln“. Die CDU stellt vor diesem Hintergrund fest, dass der Deutsche Bundestag

32 rechtsändernde oder rechtssetzende Entscheidungen zur Migration trifft. Der GCM
33 begründet keine einklagbaren Rechte und Pflichten und entfaltet keinerlei rechtsändernde
34 oder rechtssetzende Wirkung. Dazu gehört, dass unsere Gesetze – zum Beispiel im Bereich
35 des Ausländer-, des Sozial- und des Staatsbürgerschaftsrechts – sowie unsere
36 behördlichen und gerichtlichen Entscheidungen uneingeschränkt gelten und durchgesetzt
37 werden.

38 Zwischen legaler und illegaler Migration sowie zwischen Erwerbsmigration und Asyl ist
39 klar zu unterscheiden.

40 Deutschland ist ein Land, das die Einwanderung von Fachkräften benötigt. Eine gut
41 gesteuerte, geordnete legale Migration ist gut für unser Land. Auch bisher hat
42 Deutschland von gut ausgebildeten Migrantinnen und Migranten profitiert, die zum
43 Wohlstand unserer Gesellschaft beigetragen haben. Zudem haben die Einwandererinnen
44 und Einwanderer unser Land mit vorangebracht. Aufgrund der demografischen
45 Entwicklung stehen wir vor großen Herausforderungen. Neben der Aktivierung der
46 Arbeitskräfte in unserem Land brauchen wir weiterhin die Unterstützung von
47 qualifizierten Arbeitskräften aus dem Ausland, um dem Fachkräftemangel
48 entgegenzuwirken und das wirtschaftliche Wachstum Deutschlands und unsere
49 Sozialsysteme auch weiterhin zu sichern. Hierfür brauchen wir verständliche legale
50 Zuwanderungsmöglichkeiten. Deswegen begrüßt die CDU, dass die Bundesregierung das
51 Fachkräfteeinwanderungsgesetz zeitnah auf den Weg bringt.

52 Darüber hinaus haben wir klare Regeln und Anforderungen für eine gelingende
53 Integrationspolitik: Wir verlangen, dass alle Menschen in Deutschland unser Grundgesetz
54 und unsere Gesetze beachten und die sich daraus ergebende Werteordnung verinnerlichen
55 und danach leben. Dazu dienen auch unsere Sprach- und Integrationskurse für
56 Migrantinnen und Migranten. Wir erwarten, dass alle Migrantinnen und Migranten, die
57 legal nach Deutschland kommen oder gekommen sind, die deutsche Sprache ausreichend
58 erlernen, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und unsere Regeln zu verstehen.
59 Wir fördern Integration, fordern sie aber auch ein. Auch dies entspricht der Zielsetzung
60 des GCM.

61 Seine wichtigsten Ziele sind:

- 62 • Strukturelle Faktoren, die Menschen dazu veranlassen, ihre Herkunftsländer zu
63 verlassen, sollen reduziert werden – zum Beispiel durch Programme zur Schaffung von
64 Perspektiven in den Herkunftsländern.
- 65 • Menschenschmuggel und das Schlepperunwesen sollen stärker bekämpft und
66 Grenzkontrollen besser koordiniert werden.
- 67 • Eine bessere Durchsetzung der völkerrechtlich verbürgten Pflicht zur Rückübernahme
68 eigener Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.
- 69 • Migrantinnen und Migranten sollen in allen Ländern sicheren Zugang zu
70 Grundleistungen haben. Deutschland erfüllt diese Standards bereits vollumfänglich.
71 Sie sollen darüber hinaus die Chance haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

72 Zu den Zielen der CDU gehört auch, die Migration, insbesondere nach Europa und
73 Deutschland, zu ordnen und zu steuern, Anreize für illegale Migration konsequent zu
74 reduzieren und auf ein größeres Engagement unserer internationalen Partner hinzuwirken.
75 Wir brauchen eine faire Lastenteilung und Kooperation. Als ein Land mit hohen Standards
76 beim Menschenrechtsschutz liegt es im deutschen Interesse, dass auch andere Staaten
77 diese Standards erfüllen, um den Migrationsdruck nach Deutschland zu senken. Aktuell
78 kann man etwa erleben, dass Arbeitsmigranten in einer Reihe von Staaten ohne Rechte
79 und unter zum Teil unwürdigen Bedingungen leben müssen. Dass die Staatengemeinschaft
80 hiervoor nicht die Augen verschließt und durch den GCM Standards für den Umgang mit
81 legaler Migration fordert, ist nicht nur ein wichtiger humanitärer Schritt, sondern senkt
82 auch den Migrationsdruck in Richtung der Staaten Europas und Nordamerikas. Auch aus
83 diesen Gründen ist der GCM im nationalen Interesse Deutschlands.

84 Deutschland wird seiner humanitären Verantwortung gerecht. Aber die Möglichkeiten
85 unseres Landes sind begrenzt, daher ist die europäische und internationale Kooperation
86 dringend notwendig.

87 Aus diesem Grund hat die CDU-geführte Bundesregierung auch in dieser Wahlperiode
88 eine Reihe wichtiger nationaler Maßnahmen ergriffen bzw. angestoßen. Die CDU stellt
89 fest, dass der GCM diese nationalen Maßnahmen unberührt lässt, international ergänzt
90 und einen wichtigen Beitrag zur Ordnung, Steuerung und Begrenzung von Migration
91 leistet.

92 II. Die CDU Deutschlands tritt dafür ein,

93 1. dass weiterhin durch den GCM die nationale Souveränität und das Recht
94 Deutschlands, über seine Migrationspolitik selbst zu bestimmen, nicht beeinträchtigt
95 werden und durch den GCM keine nationalen Hoheitsrechte übertragen werden. Dazu
96 gehört, zu gewährleisten, dass durch den GCM keinerlei deutsche Regelungen
97 eingeschränkt oder ausgeweitet werden;

98 2. dass andere Staaten – insbesondere diejenigen, aus denen ein besonderer
99 Migrationsdruck nach Europa und Deutschland entsteht – Mindeststandards für
100 Migranten und Migrantinnen etablieren und gewährleisten, um hierdurch auch den
101 Migrationsdruck nach Europa und Deutschland zu reduzieren und damit mehr
102 Verantwortung zu übernehmen;

103 3. dass weiterhin klar und stringent zwischen legaler und illegaler Migration
104 unterschieden und dabei die illegale Migration nach Deutschland und Europa auch mit
105 nationalstaatlichen und europäischen Mitteln verhindert wird;

106 4. dass zeitnah mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz die Voraussetzungen für
107 geordnete legale Zuwanderungsmöglichkeiten verbessert werden, um so dem
108 Fachkräftemangel zu begegnen und Migrantinnen und Migranten Perspektiven auf
109 dem deutschen Arbeitsmarkt und in unserer Gesellschaft zu geben;

110 5. dass auf internationaler Ebene gegenüber den Partnerstaaten mit Nachdruck die
111 völkerrechtliche Verpflichtung zur Rückübernahme eigener Staatsangehöriger
112 eingefordert wird;

113 6. dass alle Staaten gemäß den Bestimmungen des GCM dafür Sorge tragen, dass alle
114 Migranten über Identitätsnachweise und Reisedokumente verfügen. Denn an keinem
115 anderen Hindernis scheitert die Rückführung Ausreisepflichtiger so oft wie an der
116 mangelnden Kooperationsbereitschaft bei der Identitätsfeststellung und Ausstellung
117 von Reisepässen;

- 118 7. dass der Schutz der europäischen Außengrenzen gemeinsam mit den internationalen
119 Partnern vorangetrieben und verbessert wird;
- 120 8. dass die gemeinsamen Anstrengungen bei der Bekämpfung von Schleusung und
121 Menschenhandel verstärkt werden;
- 122 9. dass die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern und -regionen deutlich
123 verbessert werden, damit Menschen eine Lebensperspektive in ihrer Heimat sehen
124 und nicht durch negative Umstände zur Migrationen gezwungen werden;
- 125 10. dass sich Deutschland insbesondere im Aufbau von effizienten und rechtsstaatlichen
126 Institutionen, in der Wirtschafts- und Infrastrukturentwicklung sowie in der
127 Bekämpfung von Armut weiter engagiert;
- 128 11. dass sich unser Land weiter für die Wahrung der universellen Menschenrechte
129 einsetzt; sie gehören, wie die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie,
130 Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit, zu den Werten, auf die sich die Bundesrepublik
131 Deutschland und die Europäische Union gründet;
- 132 12. dass die Bundesregierung den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit über den
133 Fortlauf des GCM unterrichtet;
- 134 13. dass die Bundesregierung die Öffentlichkeit und den Deutschen Bundestag über die
135 Ziele des Globalen Pakts für Flüchtlinge informiert.